

Der Freisinn

5803



Nr. 9
September 1989
11. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Zeitschriften
Sägereistrasse 30, 8152 Glattbrugg
Telefon (01) 809 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Produktivitätsschwächen und Marktförne behindern den Ostblock nach wie vor

Ist die Planwirtschaft reformfähig?

Über das Schlüsselwort «Perestroika» hat es schon mancherlei Ernüchterung gegeben. Zwar ist der Versuch ernst zu nehmen, durch Milderung der kollektivistischen Steuerung der Wirtschaft, begleitet von vermehrter Meinungsäusserungsfreiheit unter dem Titel «Glasnost», der Krise in den Ostblockstaaten zu begegnen. Doch die Frage, ob mit dem Stückwerk blosser Teilreformen das Ziel erreichbar sei, hat bisher nirgends bejaht werden können.

Sowohl in westlichen als auch in östlichen Fachstudien wird die Überzeugung vertreten, dass ohne die grundlegenden Elemente der Marktwirtschaft ein nachhaltiger Aufschwung in den Staatshandelsländern nicht möglich sei. Es kann daher schwerlich mit einer rasch zunehmenden Eingliederung des Ostblocks in die Weltwirtschaft gerechnet werden. Die Produktesortimente erweisen sich zu häufig als marktfern, und soweit sie überhaupt aussenwirtschaftlich ausgerichtet werden, konzentrieren sie sich grossenteils auf den Handel innerhalb des Ostblocks. Auf freien Märkten bildet der Mangel an technologischer Wettbewerbsfähigkeit ein gewichtiges Absatzhemmnis.

Es ist jedenfalls bezeichnend, dass eine so renommierte Fachstelle wie das Institut für inter-

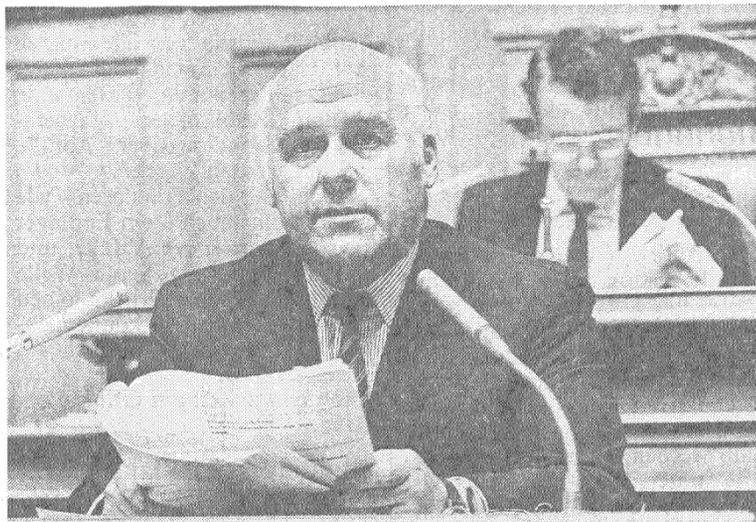
ationale Wirtschaftsvergleiche in Wien den industriellen Produktivitätsrückstand der Comecon-Volkswirtschaften gegenüber dem Westen kürzlich auf durchschnittlich dreissig bis fünfzig Prozent veranschlagt hat. Gewiss ist dies eine sehr pauschale Schätzung, doch wird sie belegt mit Nachweisen einer weit unterdurchschnittlichen quantitativen und qualitativen elektronischen Ausrüstung, mit weiteren technologischen Unzulänglichkeiten und mit einem wenig entwickelten Ausbildungsstand. Auch wird betont, für eine ausreichende Innovationsfähigkeit fehlten die Anreize, die in der Marktwirtschaft vor allem das unternehmerische Ertragsstreben auslöse.

Selbst in Polen, das neben Ungarn innerhalb des Ostblocks die politische Öffnung in demo-

kratischer Richtung schon am weitesten vorangebracht hat, treten nachhaltige Zweifel an der Zielgerechtigkeit der Wirtschaftsreformen auf. Es gibt dort Wissenschaftler, die unter Nutzung der neugewonnenen Forschungs- und Meinungsvielfalt mahnen, die Wirtschaft könne nicht gesunden, solange zwar einzelne Marktkräfte zugelassen würden, die zentrale Verwaltung aber bestehenbleibe. Der freie Markt müsse von den konsumnahen Güter- und Leistungssegmenten auf die Produktionsfaktoren, insbesondere die Investitionen, zurückwirken können, und dazu sei das private Eigentum auf weiter Basis zu fördern.

In diesem Sinn sind jüngst Publikationen aufgefallen, die für ein eigentliches Reprivatisierungsprogramm eintreten. Ein breit zugänglicher Aktien- und sonstiger Kapitalmarkt müsste Bestandteil eines solchen Programms sein.

Derartige Vorstellungen erscheinen nach jahrzehntelanger Planwirtschaft gewiss als kühn. Sie deuten aber die zwischen wirtschaftlichen und politischen beziehungsweise gesellschaftlichen Reformen bestehenden Wechselwirkungen an, wie sie zu einem heute bevorzugten Diskussionsgegenstand geworden sind. In ihrer Essenz bringen sie zum Ausdruck, dass eine freiheitliche Wirtschaftsordnung eine pluralistische Demokratie voraussetzt – und umgekehrt. An diesem Modell dürften sich letztlich Erfolg und Misserfolg der Erneuerungsbewegungen im Ostblock entscheiden.



Interview mit Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi (ZH)

«Für mehr politische Courage»

Das Programm ist gemacht, die Vorbereitungen sind getroffen: Am Montag, 18. September 1989, beginnt die Herbstsession. Wie sieht FDP-Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi (ZH) der Session entgegen? Was nimmt er sich vor? Welche Themen stehen an? – Anna-Marie Kappeler führte mit ihm ein Gespräch.

Nehmen Sie sich jeweils etwas vor für die Session?

Ulrich Bremi: «Ja, alle 65 Fraktionsmitglieder zu politischer Courage zu motivieren.»

Welche thematischen Schwerpunkte zeichnen sich für die Herbstsession ab?

Ulrich Bremi: «In beiden Räten zeichnen sich das Bodenrecht und das Rüstungsprogramm als schwergewichtige Themen ab. Im Nationalrat kommen Stempelabgabe, Bürgerrechtsgesetz und Radio- und Fernsehgesetz als wichtige Themen hinzu. Im Ständerat werden ausserdem Steuerharmonisierung, Miet- und Pachtrecht sowie verschiedene Verkehrsvorlagen im Zentrum der Debatten stehen.»

Welche Vorlage erscheint Ihnen als die wichtigste?

Ulrich Bremi: «Bei den Themen, in denen in beiden Räten wichtige Weichen gestellt werden, scheint mir das Bodenrecht im Vordergrund zu stehen. Im Nationalrat wird sicher das Radio- und Fernsehgesetz eine zentrale Rolle einnehmen, im Ständerat die Steuerharmonisierung.»

Wie gedenken Sie in den bevorstehenden Fragen die Fraktion der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) zu führen?

Ulrich Bremi: «Bei jeder dieser Vorlagen werde ich die wenigen wichtigen Punkte herausstellen. Dadurch möchte ich dann klare Stellungnahmen provozieren. Hinter diesem Vorgehen steht der Wunsch nach klaren Positionen. Deutliche Mehrheiten und deut-

liche Minderheiten sind mir lieber, als wenn sich keine klare Meinung der Fraktion herauskristallisiert.

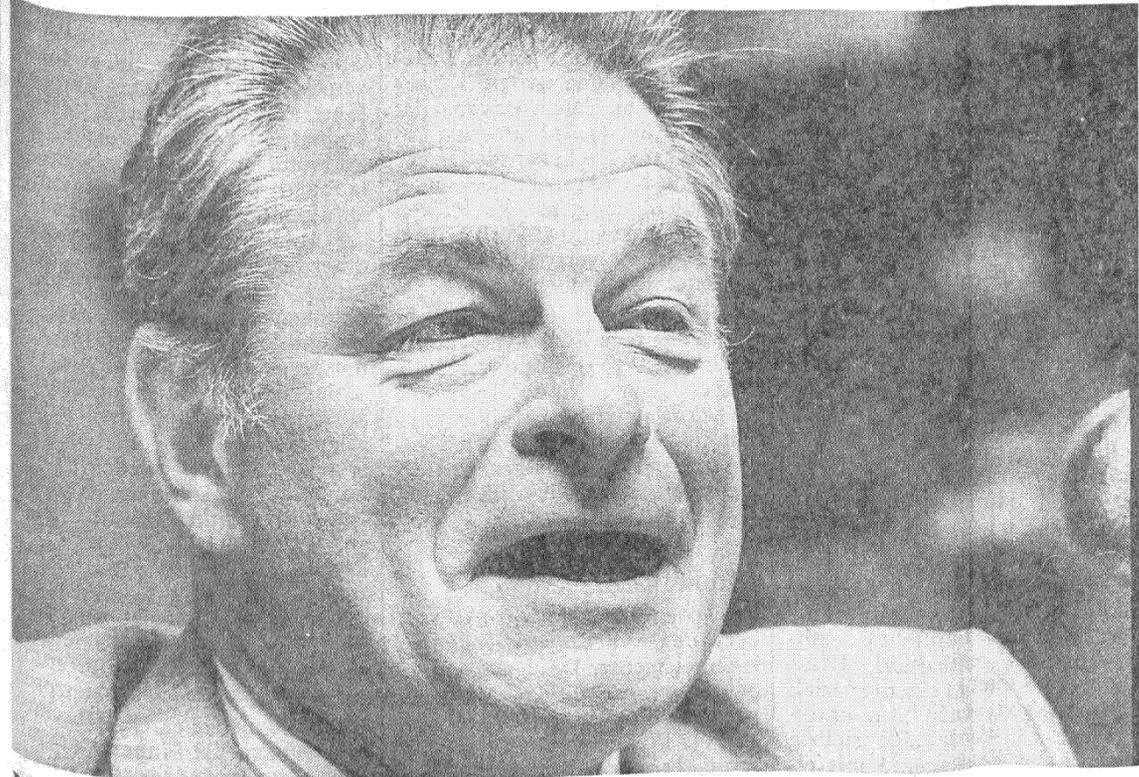
Ein weiterer Punkt, der mir wichtig ist, ist die Präsenz. Politik ist nicht delegierbar, die Parlamentarier müssen ihre Rechte und Pflichten hundertprozentig erfüllen. Es ist zwar wichtig, alle vier Jahre Sitze zu gewinnen, diese müssen dann aber auch «besetzt» werden. Hier beginnt die politische Alltagsarbeit, die auch viel Kleinarbeit und eben Präsenz umfasst.»

Was tut die FDP-Fraktion konkret, um die Effizienz des Parlaments zu steigern?

Ulrich Bremi: «Wir haben oben zusammen mit den anderen Bundesratsparteien und auf Grund der Vorarbeit einer vorberatenden Kommission beschlossen, die Ratsarbeit zu reorganisieren. Dazu sind Gesetzes- und Verordnungsänderungen nötig.

Ich bin aber der Meinung, dass man auch weitgreifende Änderungen ins Auge fassen muss. Die wichtigste Forderung zur Steigerung der Effizienz des Parlaments ist, dass die Kommissionsarbeit nicht in den Rat getragen wird. Auf eine Formel gebracht heisst das: mehr Kommissionsarbeit, weniger Parlamentsleerlauf.

Im Grunde geht es aber nicht um die Effizienz, sondern um die Qualität der Arbeit. Ziel aller Anstrengungen müssen bessere Gesetze, muss eine bessere Politik sein.»



Mit Witz und Charme

Das Präsidentschaftsjahr bringt bekanntlich viele Auftritte. Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz bewältigt dieses Pensum scheinbar mühelos und überrascht die Zuhörer in allen Landesteilen mit seiner Vitalität und seinem Humor. Eine Neuerung führte er in der Schweiz ein, indem er die Rede zum 1. August erstmals an historischer Stätte – Delamuraz wählte den Gotthard – hielt. Während er aber auf dem Gotthard deutsch sprach, entschuldigte er sich in Luzern anlässlich der Eröffnung der Internationalen Musikfestwochen, dass er französisch «und nicht in der Sprache Goethes und Furglers, pardon, Furglers und Goethes» spreche.

Bericht über die Lagerung radioaktiver Abfälle in Frankreich, Finnland und Schweden

Ein Blick über die Grenzen

Das Beseitigen radioaktiver Abfälle steht überall zur Diskussion. Selten aber trifft man Leute, die wissen, wie andere Länder diese Problematik angehen. Auf einer Informationsreise der Nagra konnte sich Erna Sigrist die Anlagen von Frankreich, Finnland und Schweden ansehen. Hier ihr Bericht.

Frankreich besitzt den grössten Atomstromanteil aller Staaten, beinahe siebzig Prozent. Im Gegensatz dazu beträgt der schweizerische Anteil knapp 40 Prozent. 53 Kernkraftwerke sind in Frankreich in Betrieb, und eines ist gewiss, die Franzosen würden uns liebend gerne soviel Strom wie nur möglich verkaufen. Frankreich hat schon vor zwanzig Jahren mit der Entsorgung von radioaktivem Abfall begonnen und spielt heute auch für seine Nachbarländer eine gewichtige Rolle.

System in Frankreich

Die Andra (Agence nationale pour la gestion des déchets radioactifs) betreibt das Centre de la Manche in der Nähe von Cherbourg, ein oberflächennahes Endlager, wobei Frankreich die starkradioaktiven Rückstände in grosser Tiefe endlagern möchte. Deshalb werden verschiedene Standorte untersucht. Frankreich ist auch eines der Länder, die abgebrannte Brennelemente (Uran und Plutonium) wiederaufbereiten. Dies betrifft zirka 95 Prozent, und nur fünf Prozent müssen als starkradioaktive Abfälle zur Endlagerung kommen. Ein Verfahren zur Verglasung dieser Abfälle hat man in Frankreich entwickelt.

Leicht- und mittlerradioaktive Abfälle fallen bei Kernanlagen, der Forschung, bei Industrie und Medizin an. In einer wasserdichten Betonwanne, die umgeben ist von einem Drainagesystem, welches die eventuellen Abwässer kontrolliert, werden Behälter aus Metall und Beton, die jedoch noch keinen ausreichenden Strahlenschutz darstellen, mit zusätzlichen Betonabschirmungen versehen. Alle diese Gebinde werden schichtweise angeordnet, und die Hohlräume werden mit Beton ausgefüllt. Diese Blöcke werden Monolithe genannt und anschliessend mit Armierungseisen aussen verstärkt. Dazwischen lagert man verhältnismässig stark strahlende Abfälle; darüber werden Fässer mit schwach strahlendem Material gelagert, und über der darüberliegenden Betondecke werden die Hohlräume mit Kies aufgefüllt. Eine dicke Tonschicht sorgt dafür, dass das ganze Lager abgedichtet ist gegen Wasserzutritt. Eine Humusschicht macht es möglich, dass dort dann auch Pflanzen gedeihen können.

Zukunft

300 Jahre soll die 12 Hektaren grosse Anlage überwacht werden. Das Centre de la Manche hat eine Kapazität von etwa 400 000 Kubikmetern und ist bald einmal voll. Auch die Franzosen suchen einen neuen Standort fürs nächste Endlager und haben ihn in der Nähe der Troyes gefunden. Die Auswahl wurde vor allem nach geologischen Gesichtspunkten gewählt. Dort sollen später eine Million Kubikmeter schwach- und mittlerradioaktiver Abfälle gelagert werden können.

Noch fehlt den Franzosen – wie uns übrigens auch – ein Endlager für starkradioaktive Abfälle, und es wird noch eine gute Weile dauern, bis sie sich für einen Standort entscheiden können. Ihnen fehlt zudem auch noch ein Felslabor, welches wir doch schon einige Zeit am Grimsel besitzen.

Situation in Finnland

In Finnland werden die Forschungsarbeiten über die Endlagerung von der Voimayhthiöiden Ydinjätöimikunta (YJT) koordiniert. Finnland besitzt vier Kernkraftwerke, zwei private und zwei staatliche, die das Land bis zu 37 Prozent mit Strom versorgen.

Die private Stromerzeugung plant ein eigenes Endlager, hingegen werden die abgebrannten Brennelemente aus den staatlichen Kernkraftwerken zur Aufarbeitung zurück nach Russland gehen. Eigene Endlager sind für die schwach- und mittlerradioaktiven Abfälle vorgesehen. Die Untersuchungen wurden während fast zehn Jahren bei Olkiluoto durchgeführt. Ende 1986 konnten den Behörden die entsprechenden Berichte für das Bewilligungsverfahren vorgelegt werden. Sowohl die Behördenvertreter der Gemeinde Eurajoki, in welcher Olkiluoto liegt, ebenso wie die Behörden für den Strahlenschutz und die nukleare Sicherheit bewilligten das Projekt.

Endlager

1988 war Baubeginn des Endlagers für kurzlebige radioaktive Abfälle. Das geplante Lager liegt etwa einen Kilometer von den beiden Kernkraftwerken in Olkiluoto entfernt. Der tiefste Punkt der Anlage liegt etwa in hundert Metern Tiefe.

Mit normalen Sprengverfahren wurden alle Hohlräume erstellt. Sie liegen im kristallinen Gestein (Tonalit). Die beiden Silokavernen sind mit Spritzbeton ausgekleidet und haben einen Durchmesser von je 24 Metern und eine Höhe von 35 Metern. Je eine Kaverne kann schwachradioaktive Abfälle und die andere mittlerradioaktive Abfälle aufnehmen. Die gesamte Lagerkapazität liegt bei rund 42 000 Fässern oder etwa 8000 Kubikmetern. Sie soll für die nächsten dreissig Jahre für die schwach- und mittlerradioaktiven Abfälle genügen.

Abgebrannte Brennelemente werden seit 1987 in einem Zwischenlager aufbewahrt. Da die abgebrannten Brennstäbe nach der Entladung aus dem Reaktor Wärme abgeben, müssen sie für etwa vierzig Jahre in wassergefüllten Becken gekühlt werden. Erst dann können sie ins Endlager gebracht werden. Die Bauzeit für dieses Endlager betrug 3½ Jahre.

Felduntersuchungen

Felduntersuchungen sind für starkradioaktive Abfälle im Gange seit 1987. An vielen verschiedenen Orten wurden Gesteinsproben gemacht. Auch die Finnen messen dem Gestein grosse Wichtigkeit bei. Man erwartet den Endbericht über alle diese Standortuntersuchungen bis zum Jahr 1992. Die Bestimmung des Endlagers für starkradioaktive Abfälle respektive für abgebrannte Brennelemente wird erst um die Jahrhundertwende bestimmt. Das Konzept des Endlagers sieht ein Stollensystem in etwa 500 Metern Tiefe vor. Die jetzt zwischengelagerten Brennstäbe werden in korrosionsfeste Behälter eingeschweisst und in kurzen Bohrungen in der Sohle des Horizontalstollens versenkt. Als Verfüllmaterial der Hohlräume dient Betonit.

Schweden: der Lösung nahe

Schweden ist einer definitiven Lösung am nächsten. Jedoch mussten auch die Schweden zuerst den Nachweis erbringen, dass die Endlagerung nicht nur möglich, sondern auch sicher ist. Die vier Kernkraftgesellschaften in Schweden haben an die SKB (Svensk Kärnbränslehantering) die Aufgabe zur Erbringung dieses Nachweises übertragen. Die schwedische SKB ist ähnlich wie bei uns die Nagra. Vor zehn Jahren schon hat die schwedische Regierung den Entsorgungsnachweis für verglaste, starkradioaktive Abfälle akzeptiert. 1984 ebenfalls für die nicht mehr aufbereitbaren verbrauchten Kernbrennstoffe. Die Sicherheitsanalysen über die Kernbrennstoffe basieren auf ähnlichen Überlegungen wie die der Nagra.

Schweden stehen zwölf Kernkraftwerke zur Verfügung, sie liefern dem Land etwa fünfzig Prozent des Landesverbrauches an Strom. Seit 1988 steht den Schweden ein Lager für schwach- und mittlerradioaktive Abfälle in Forsmark zur Verfügung. Dieses Lager liegt in Granit unter der Ostsee. Die Gesteinsdecke darüber beträgt etwa fünfzig Meter. Das Endlager besitzt vier Kavernen und ein Silo und ist vom Festland aus durch zwei parallele Schrägstollen erreichbar. Die Lagerkapazität beträgt nach Abschluss der ersten Bauphase 60 000 Kubikmeter. Es wurde im Sommer 1988 in Betrieb genommen.

Der weitaus grösste Teil der Radioaktivität, d. h. neunzig Prozent, ist in zwei Fünfteln des Abfallvolumens enthalten. Diese Abfälle will man in einem speziell hierfür ausgehauenen Silo unterbringen. Es wurde eine siebzig Meter hohe Felskaverne mit einem Durchmesser von dreissig Metern ausgebrochen. Eine Schicht von quellfähigem Betonit sorgt für eine gute Isolation vom umgebenden Gestein. Die restlichen Abfälle enthalten weit we-

Die Schweizer und ihr Staat

Im Juli legte die Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung ihren Bericht über eine umfassende Befragung der Schweizerinnen und Schweizer im Jahre 1988 vor. Man versuchte zu ergründen, ob, gemessen an früheren Aussagen, neue Resultate und Trends erkennbar sind.

Nach wie vor scheinen die Voraussetzungen für eine positive Haltung zum Staat gut zu sein. Zwar geniesst der Staat nicht eben viele Sympathien, denn nur gerade 53 Prozent der Deutschschweizer und 34 Prozent der Romands bezeichnen ihre Gefühle gegenüber dem Staat als sympathisch und angenehm. Allerdings werden viele staatliche Einrichtungen wie die PTT gar nicht als Teile des Staates oder als seine massgebenden Institutionen wahrgenommen. Das Bild des Staates wird auch immer stärker mit Bern identifiziert. Was in den Gemeinden passiert, ist davon ausgeklammert.

Die Schweizer haben keinen umfassenden Politikbegriff als Gesamtheit aller Angelegenheiten auf gemeindlicher, kantonaler und nationaler Ebene und sind über die politischen Einrichtungen nicht gut informiert. Wird eine Angelegenheit als politisch bezeichnet, verliert sie rasch an Interesse. Das Verständnis für komplexe Zusammenhänge und die Ausgleichsfunktion des Staates scheint abzunehmen.

«Der einzelne Bürger», so werden die Ergebnisse der Studie kommentiert, «urteilt immer mehr nach der unmittelbaren Erfahrung.» Dabei nehmen die Erwartungen an die Möglichkeiten der staatlichen Problemlösung zu. Die Bürgerinnen und Bürger glauben fast in «beklemmendem Ausmass» daran, dass der Staat alles vollbringe.

Wenn in der Studie festgehalten wird, dass Regieren in Zukunft unangenehmer werde, dann hat das damit zu tun, dass die Bereitschaft wächst, die anstehenden Probleme vom Staat lösen zu lassen oder sie zu vertragen.



Das fast unbegrenzte Vertrauen des Bürgers in die Effizienz staatlicher Leistungen könnte zu einer heiklen Situation führen. «Mehr und mehr rückt das sicht- und hörbare Zentrum staatlicher Aktivität nach Bern und in den Bundesrat, so dass die Gefahr einer Zuschauerdemokratie nicht von der Hand zu weisen ist: Ich habe meine Steuern bezahlt und arbeite fleissig... jetzt wollen wir sehen, ob die sieben Weisen in Bern den Rest nach meinen Wünschen besorgen!» (Seite 116).

Diese Einstellung führt zu einer schleichenden Verstaatlichung aller Lebensbezüge und zu einer Verschiebung der Optik. Ein Staat aber, der alle Probleme, sogar die persönlichen und individuellen, lösen muss, ist ein überforderter Staat. Man müsste sich nicht wundern, wenn er in den neunziger Jahren in vielen Belangen die Wünsche der Bürger nicht mehr erfüllen kann und als Folge davon Kritik erntet. Daraus ergäbe sich die unerfreuliche Tatsache, dass die Distanz zum Staat noch grösser würde.

In einer Zeit des Werteppluralismus vermehren sich die Aufgaben des Staates von Jahr zu Jahr, aber es vermindert sich die Bereitschaft zum Konsens, zur Solidarität und zum Kompromiss. – Die Schweizerinnen und Schweizer müssen ihr Bild, das sie vom Staat haben, überprüfen und in Teilen korrigieren.

niger Radioaktivität und werden in vier 160 Meter langen Kavernen versorgt.

Alle Sprengarbeiten, bei denen man 430 000 Kubikmeter Felsen ausgebrochen hat, wurden schon 1986 beendet. Für den Bau dieses Endlagers wurden 3000 Personen eingesetzt. Zwanzig Arbeitskräfte sind für den Betrieb des Endlagers erforderlich. Der Endausbau dürfte im Jahre 2000 abgeschlossen sein. Er wird ein weiteres Silo und auch weitere Kavernen erhalten. Die Endkapazität wird bei 90 000 Kubikmetern liegen und für die Lebensdauer der zwölf Kernkraftwerke von Schweden genügen. Die Kosten dieser Anlage sind auf 250 Millionen Franken veranschlagt. Eine Erweiterung ist noch möglich.

Seit dem Jahre 1985 existiert in Schweden eine Zwischenlagerung starkradioaktiver Brennelemente. Dieses Lager ist in Oskarshamn; es wurde nach fünfjähriger Bauzeit im Juli 1985 in Betrieb genommen. Damals wurden auch die ersten starkradioaktiven Abfälle eingelagert.

Direkte Endlagerung

Schweden verzichtet auf die Aufbereitung der abgebrannten Brennelemente. Deshalb steht in Schweden die direkte Endlagerung im Vordergrund. Dort werden die Brennstäbchen in Kupferpulver eingebettet und mit einem speziellen Verfahren eingebunden und gehärtet. Dieses Verfahren ergibt solide Metallmonolithe, welche sich bestens für die Endlagerung eignen. Dieses Endlager für starkradioaktive Abfälle

ist in 500 Metern Tiefe im kristallinen Gestein projiziert. Budgetiert ist das schwedische Entsorgungsprogramm auf etwa zehn Milliarden Franken, dies entspricht 0,45 Rappen pro Kilowattstunde.

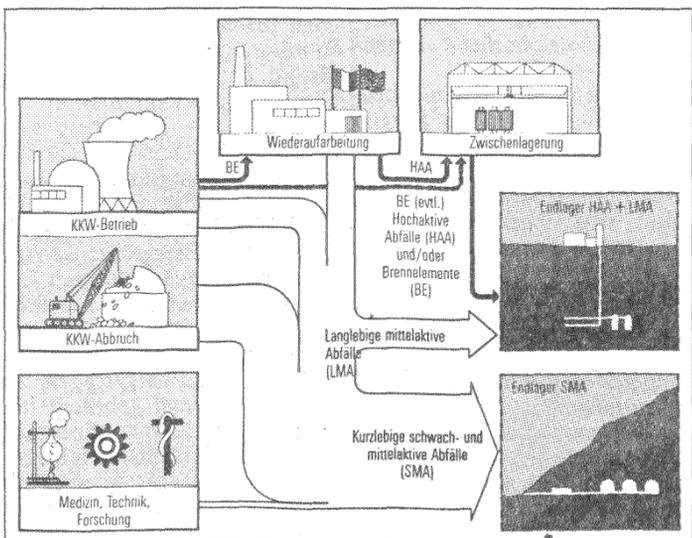
Forschungsprogramm

Ab 1992 wird Schweden über ein unterirdisches Felslabor in Oskarshamn verfügen. Geplant ist ein «Spiralstollen», in welchem verschiedene Versuche durchgeführt werden können. Hinzu kommt ein Schacht, welcher alle notwendigen technischen Installationen sowie Belüftung usw. aufnimmt. Der tiefste Punkt dieser Anlage liegt auf 500 Metern unter der Oberfläche.

Ein internationales Forschungsprogramm soll die Erkenntnisse der letzten Jahre und die gesammelten Daten der verschiedenen Forschungszentren auswerten. Seit 1980 haben sich folgende Länder an diesem Projekt beteiligt: Schweden, Finnland, die USA, Japan, Kanada, England und die Schweiz.

Fazit

Wichtig scheint mir in diesem Zusammenhang zu verstehen, dass Lösungen gibt, die eine saubere und effiziente Endlagerung garantieren. Den Franzosen scheint dabei aber ein Döschwo zu genügen, die Finnen sind mit einem Opel zufrieden, die Schweizer hingegen gebrauchen einen tollen Mercedes. Und wir Schweizer? Wir haben das Gefühl, für uns käme nur ein Rolls-Royce in Frage. Deshalb sind die Forderungen an die Nagra so enorm.



Das nukleare Entsorgungskonzept für die Schweiz sieht zwei Endlagertypen vor: ein Endlager primär für kurzlebige und ein anderes für hochaktive und langlebige mittelaktive Abfälle.

Krankenversicherungsgesetz

Die Würfel sind gefallen

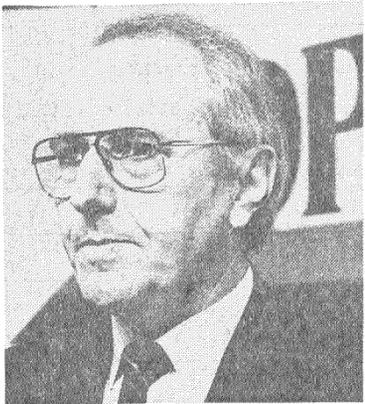
Bundesrat Flavio Cotti hat am 28. August anlässlich der Informationskonferenz in Bern zum Krankenversicherungsgesetz klar und unmissverständlich dargelegt, wohin der Weg führen soll. FDP-Nationalrat Hans Rudolf Früh (AR) hat nun einen Weg für die nationalrätliche Kommission aufgewiesen, den sie angesichts der KSK-Initiative und des bundesrätlichen grossen Vorhabens beschreiten wird.

Das Hauptanliegen des bundesrätlichen Revisionsvorhabens sei die Wiederherstellung einer breit abgestützten Solidarität in der Krankenversicherung, führte der Departementschef Flavio Cotti an der Informationskonferenz aus. Er meinte damit die Solidarität zwischen gesunden und kranken, jüngeren und älteren Versicherten, zwischen besser und weniger gut situierten, zwischen Männern und Frauen, zwischen Kassen mit günstiger und solchen mit ungünstiger Struktur. Es galt nun, dieses grosse Vorhaben, mit dem sich wohl jedermann identifizieren kann, dem Flickwerk der Nationalratskommission gegenüberzustellen.

Teilrevision zum Scheitern verurteilt

Es glaubte wohl niemand im Ernst, dass man der KSK-Initiative mit ihren unmissverständlichen Forderungen eine Gesetzesteilrevision hätte gegenüberstellen können, die den Kassen vor allem Mehrkosten statt eine Prämienentlastung durch Erhöhung der Bundesbeiträge bringt. Was die Kommission des Nationalrates erarbeitet hatte, war reines Flickwerk an einem uralten Gesetz, das zwar in der Vergangenheit behelfsmässig korrigiert, in seinen Grundzügen aber nie den heutigen Gegebenheiten angepasst worden ist.

Das KVG stammt ursprünglich von 1911, womit keineswegs angezweifelt sei, dass dieses Gesetz den damaligen Bedürfnissen durchaus entsprochen haben mag – die heutigen Anforderungen in dessen erfüllt es offensichtlich nicht mehr. Daran konnten noch so viele Detailkorrekturen nichts ändern. An einem rostigen Wa-



gen lohnt es bekanntlich nicht, Schrauben zu vergolden.

KSK-Initiative wartet auf Behandlung

Noch bis Ende April 1990 können die beiden Räte entscheiden, ob der Volksinitiative (KSK-Initiative mit 380 000 Unterschriften, mit dem Ziel: Erhöhung der Bundessubventionen auf etwa 2,5 Milliarden Franken) ein indirekter Gegenvorschlag gegenüberzustellen sei. Die Nationalratskommission hat nun beschlossen, ihre Arbeit am Gegenvorschlag des Ständerates zu sistieren, bis zum Tage der Veröffentlichung des Berichtes der Expertenkommission unter dem Präsidium von FDP-Ständerat-Dr. Otto Schoch (AR). Die Kommission beschloss im weiteren auf meinen Antrag, einem allgemein verbindlichen befristeten Bundesbeschluss auf meinen Antrag zuzustimmen. Inhalt dieses Bundesbeschlusses: Erhöhung der Bundessubventionen an die Krankenkassen auf 1,3 Milliarden Franken, in der Höhe plafoniert für fünf Jahre.

Der Ausweg

Der oben beschriebene Weg ist der Ausweg, der sich anbietet. Im

günstigsten Falle könnte damit gerechnet werden, dass die KSK-Initiative mit einer solchen Lösung zurückgezogen würde; Anzeichen dafür bestehen. Es gilt diese Chance zu nützen. Ziehen wir der offensichtlich verunglückten, von mehreren Seiten her referendumsträchtigen KVG-Teilrevision eine klare Lösung eines auf fünf Jahre befristeten allgemein verbindlichen Bundesbeschlusses vor!

Im Klartext heisst das:

- Die Bundesbeiträge werden angemessen erhöht, bleiben jedoch weiterhin plafoniert.

- Kassen, die einen hohen Anteil an Versicherten im Rentenalter aufweisen, sollten mehr Subventionen erhalten als andere Kassen.

- Es sollte den Kassen überlassen sein, einen – für den einzelnen Versicherten frankenmässig bescheidenen – Solidaritätsbeitrag für die Finanzierung der Solidaritätsprobleme einzufordern.

Rasche und soziale Lösung

Diese Lösung ist relativ einfach, lässt sich rasch verwirklichen, sie ist sozial und löst überdies die Probleme derjenigen Kassen, die am meisten unter einem überalterten und damit kostenintensiven Versichertenbestand leiden. Der Vorschlag ist transparent, einsehbar und zudem getragen vom Gedanken, der in der Krankenversicherung leider immer mehr zu verschwinden droht: dem der Solidarität.

Diese klar befristete Regelung soll und wird aber auch den Weg für die dringend gewordene und jetzt in Angriff genommene Totalrevision des KVG ebnen. In fünf Jahren wird nach Plan des Bundesrates der Grundkonsens über ein ganz neues KVG hergestellt sein. Der Wille dazu ist da.

Der ausführliche Bericht «Stopp der Einwanderung durch Asylmissbrauch – Ja zur Aufnahme von Flüchtlingen. Ideen und Begehren der FDP zur Asylpolitik» kann auf dem Generalsekretariat FDP, Postfach 6136, 3001 Bern, bestellt werden, Tel. (031) 22 34 38.

den. Der Flüchtlingsdelegierte kann im Einzelfall Ausnahmen verfügen.

- Direkte Wegweisung als Folge offensichtlich missbräuchlicher Asylgesuche oder missbräuchlichen Verhaltens im Asylverfahren.

- Ersetzung der Anwendbarkeit des schwerfälligen Verwaltungsverfahrensgesetzes durch eigene straffe Verfahrensvorschriften im Asylbereich.

- Begrenzung der Kompetenzen der Beschwerdeinstanz auf Willkürüberprüfung.

- Entzug der aufschiebenden Wirkung der Beschwerde bei Rechtsmissbrauch.

- Verzicht auf eine nachträgliche kantonale Überprüfung von Wegweisungsentscheiden; Verpflichtung der Kantone zu deren Vollzug.

- Vorübergehende Personalaufstockung beim Flüchtlingsdelegierten und bei der Beschwerdeinstanz.

Eine Ausweitung des heutigen Flüchtlingsbegriffs lehnt die FDP ab. Betreuung und Fürsorge der Asylbewerber sollen aber gefördert und durch die Schaffung einer beratenden Fürsorgekommission unterstützt werden. Für die Daueraufgabe der Asylpolitik ist zudem ein eigenes Bundesamt zu schaffen.

Ideen und Begehren der FDP zur Asylpolitik

Ausgehend von ihrer Analyse (siehe Artikel von Parteipräsident Franz Steinegger), fordert die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) eine Anpassung des Asylgesetzes an die veränderten Verhältnisse. Dabei geht es der FDP ausschliesslich um die Bekämpfung der Einwanderung unter Missbrauch des Asylgesetzes. An der liberalen Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen im Sinne der schweizerischen Asyltradition soll nichts geändert werden. Die FDP steht nachdrücklich zur humanitären Sendung der Schweiz.

Die FDP postuliert einen dringlichen Bundesbeschluss als schnelle Lösung der gegenwärtigen Probleme. Dieser kann nach der Genehmigung durch die Bundesversammlung sofort in Kraft gesetzt werden, ermöglicht aber über ein fakultatives Referendum innert Jahresfrist eine Volksabstimmung und damit eine breite öffentliche Diskussion.

Das Schwergewicht zur Bekämpfung des Flüchtlingsproblems und der wachsenden weltweiten Arbeitswanderung sieht die FDP in einer intensiven internationalen Zusammenarbeit. Zur Überwindung der Menschenrechtsprobleme sowie der Armut

in den Quellenländern der Wanderung muss die Schweiz vermehrt Initiativen ergreifen. Der Einsatz unserer Entwicklungshilfe zur Linderung auch des weltweiten Flüchtlingsproblems ist zu verstärken. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass die durch eine neue schweizerische Asylpolitik eingesparten Mittel in Millionenhöhe sowie zusätzliche Mittel dem Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge und der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe des Bundes zugewendet werden.

Die FDP verlangt zur Hauptsache die folgenden wesentlichen Massnahmen zur Straffung und Beschleunigung des Asylverfahrens:

- Einführung eines Zulassungsverfahrens zum Asylverfahren.

- Verfahrensstraffung vor der ersten Instanz, insbesondere durch ein meistens mündliches Verfahren.

- Einführung von Leitentscheiden zur Verfahrensbeschleunigung; Kollektiventscheide nur unter gesetzlich klar zu begrenzenden Voraussetzungen.

- Ohne triftigen Grund illegal eingereiste Asylbewerber sollen vom Asylverfahren ausgeschlossen und direkt einem Wegweisungsverfahren unterworfen wer-

FDP-Ideen



An einer Pressekonferenz in Bern stellte die FDP, vertreten durch den Präsidenten der Arbeitsgruppe, a. NR Hans Georg Luchinger (ZH), Parteipräsident NR Franz Steinegger (UR), NR Philippe Pidoux (VD) und FDP-Generalsekretär Christian Kauter (von rechts), ihre asylpolitischen Vorstellungen der Öffentlichkeit vor.

Lagebeurteilung der Asyl- und Ausländerpolitik

Alarmierende Situation

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hat sich eingehend mit dem Bericht «Strategie für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der 90er Jahre» auseinandergesetzt. Gleichzeitig wurde eine gründliche Lagebeurteilung der Asyl- und Ausländerpolitik durchgeführt. Dabei wurde sie auf eine alarmierende Situation aufmerksam. FDP-Parteipräsident Franz Steinegger (UR) fasst zusammen.

Wir haben heute eine privilegierte Klasse von Ausländern in der Schweiz. Diese Klasse setzt sich zusammen aus jenen 90 bis 95 Prozent der Asylgesuchsteller, welche eigentlich wegen Arbeit oder Fürsorgeleistungen in die Schweiz einreisen, die aber bei ihrem ersten Kontakt mit den schweizerischen Behörden nicht Arbeit, sondern Asyl verlangen. Fachleute rechnen 1989 mit zirka 25 000 Asylgesuchen. Jährlich werden von unseren Grenzorganen und Fremdenpolizeibehörden zirka 100 000 Ausländer zurückgewiesen, welche um Arbeit nachsuchen. Gegenüber diesen Ausländern ist wegen der langen Verfahrensdauer die Einreichung eines missbräuchlichen Asylgesuches privilegiert. Bei Verfahren von zwei bis drei Jahren und einer Arbeitsbewilligung nach drei Monaten wird die Einreichung eines missbräuchlichen Asylgesuches zum wohlfeilen Akt.

Probleme im Vollzug

Über neunzig Prozent der Asylgesuchsteller kümmern sich überhaupt nicht um die Verpflichtungen bei der Einreise. Um die Rückschiebung in ein Nachbarland zu verhindern, wird illegal unter Umgehung der sogenannten Grenztore eingereist. Angesichts der heutigen politischen Verhältnisse in unseren Nachbarländern ist es aber jedem Asylgesuchsteller zuzumuten, sich an einem Grenztor zu melden. Verstösse gegen diese Verpflichtung müssen ein rasches und summarisches Verfahren nach sich ziehen.

Die 1983 und 1986 angestrebten Verfahrensbeschleunigungen werden zudem dauernd in Frage gestellt. Auf verschiedenen Ebenen ist es gelungen, den klaren Auftrag des Gesetzgebers in diesem Bereich zu unterlaufen.

Der Vollzug der Asylentscheide ist nach wie vor in Frage gestellt. Es bestehen Anzeichen, dass die

Asylentscheide im Zusammenhang mit nachträglichen Verfahren im Kanton betreffend persönlichen Härtefall oft unterlaufen werden. Es entsteht ein «feudales» System, bei welchem durch Fürsprache von Politikern, Medien, Komitees usw. einzelne Asylentscheide in einer zufälligen Art und Weise nachträglich «abgeändert» werden.

Hohe Kosten

Mit voraussichtlichen Kosten von gegen 400 Millionen Franken 1990 wird im Asylwesen ein Höchststand erreicht. Zum Vergleich darf erwähnt werden, dass im Voranschlag 1989 für die technische Zusammenarbeit 502 Millionen Franken und für die humanitäre Hilfe 152 Millionen Franken vorgesehen sind. Bei 90 bis 95 Prozent missbräuchlichen Asylgesuchen stellt sich die Frage, ob dieses Geld nicht äusserst unzweckmässig eingesetzt wird. Mit dem gleichen Betrag könnte in den Herkunftsländern eine weit effizientere Wirkung erzielt werden.

Vermischung

In der Schweiz herrscht gegenwärtig Arbeitskräftemangel. Die Wirtschaft hat zunehmend Inter-

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

esse, die Asylgesuchsteller zu beschäftigen. Dadurch entsteht die Gefahr, dass Ausländerpolitik und Asylpolitik vermischt werden. Wir betreiben bei der Zulassung ausländischer Arbeitnehmer nicht mehr Ausländerpolitik und entscheiden selbst, sondern der Ausländer entscheidet autonom über einen mindestens längeren Aufenthalt, indem er illegal einreist und ein Asylgesuch stellt. Hier stellt sich die Frage, ob man gleichzeitig das Saisonierstatut in Frage stellen und die längere Anwesenheit von unechten Flüchtlingen befürworten kann.

Vorstellungen der FDP

Obwohl für den auf Ende 1989 zu erwartenden Zustand noch 1986 eigentliche Notstandsmassnahmen in Aussicht genommen wurden, verzichtet die FDP auf die Inanspruchnahme der Notstandskompetenzen gemäss Art. 9 des Asylgesetzes. Hingegen soll in einem Dringlichen Bundesbeschluss gemäss Art. 89^{bis} BV das Verfahren so geordnet werden, dass einerseits Art. 4 BV, der EMRK und den Flüchtlingskonventionen nachgelebt werden kann und andererseits die Verfahren in mindestens sechs Monaten erledigt werden können. Bei illegalen Einreisen sollte das Verfahren noch weniger Zeit beanspruchen.

Die FDP anerkennt die grossen Leistungen von Hilfswerken, Kantonen, Gemeinden und Bundesstellen bei der Bewältigung des Asylantenproblems. Diese Anstrengungen verdienen, dass von seiten der Politik alles unternommen wird, damit diese Bemühungen nicht Leerlauf werden.



Nicht nur Lohn-, sondern auch Chancengleichheit

Der von einer Arbeitsgruppe des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) ausgearbeitete Bericht über die «Lohnleichheit für Mann und Frau» hat in der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) eine weitgehend positive Aufnahme gefunden. Dies geht aus der Stellungnahme der Partei im informellen Vernehmlassungsverfahren hervor. Die FDP plädiert dafür, dass die einzuleitenden Massnahmen nicht auf die Lohnleichheit beschränkt werden, sondern dass diese vielmehr durch gleichzeitige Massnahmen zur Förderung der Chancengleichheit ergänzt werden.

Nach Auffassung der FDP ist der Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein Grundrecht. Grundrechte sind nach ihrer Ansicht nicht nur Schutzbestimmungen für die Einzelnen, sondern enthalten auch grundsätzliche Ordnungsprinzipien, für deren Durchsetzung der Gesetzgeber Vorkehrungen treffen muss. An Stelle der Schaffung eines

selbständigen Lohnleichheitsgesetzes tritt die Partei dafür ein, dass die nötigen Organisations- und Verfahrensbestimmungen in schon bestehende Gesetze und Verordnungen eingebaut werden, damit der Gleichheitsartikel der Bundesverfassung nicht toter Buchstabe bleibt.

Stellungnahme zum Tempobeschluss

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz bedauert den Entscheid des Bundesrates in der Tempofrage. Sie hätte – auch als Gegenvorschlag zur Initiative 100/130 – die Festlegung auf Tempo 80 plus/130 vorgezogen. Die Minimalvariante des Bundesrates erhöht nun die Chance für die Initiative, die von der FDP abgelehnt wird. Vor allem Tempo 100 auf allen Überlandstrassen ist nach Meinung der Partei wegen der Auswirkungen auf die Unfallbilanz und die Umwelt abzulehnen. Nach wie vor lehnt die Partei zudem eine Regelung der Tempofrage auf Verfassungsebene ab.

Wie der Bundesrat möchte die FDP die Ziele der Luftreinhalteverordnung wirklichen und befürwortet zweckmässige Massnahmen. Die Partei lehnt aber Einschränkungen ab, deren Auswirkungen für die Luft unerheblich sind, wie dies in der Festlegung von Tempo 120 oder 130 auf Autobahnen der Fall ist. Wenn Einschränkungen nicht als notwendig erkannt werden, ist auch deren Einhaltung und Durchsetzung schwierig. Damit überlässt der Bundesrat den Kantonen eine schwierige, nach Meinung der Partei wenig sinnvolle Aufgabe.

Ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz

Lebensgrundlage Boden

Analyse, Thesen und Massnahmen aus der Sicht der FDP

Samstag, 16. September 1989, 9.30–15.30 Uhr, Casino, Bern

(Herrengasse 25, Tram Nr. 3 Richtung Saali oder Tram Nr. 5 Richtung Ostring, Haltestelle Zytglogge)

Zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz sind alle interessierten Parteimitglieder eingeladen.

Der/die Unterzeichnete

nimmt an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 16. September 1989 teil.

Name:

Strasse:

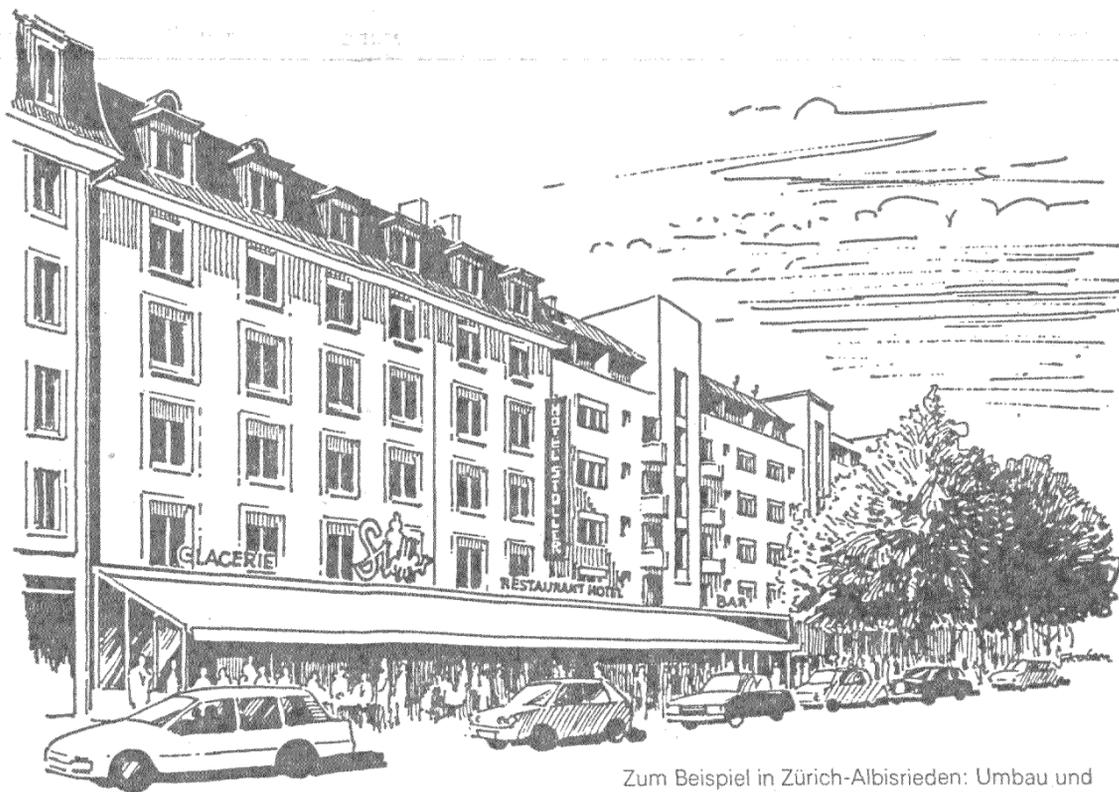
PLZ/Ort:

Datum:

Unterschrift:

Talon bitte an das Generalsekretariat FDP, Postfach, 3001 Bern, retournieren.

Partnerschaft, die Werte schafft.



Zum Beispiel in Zürich-Albisrieden: Umbau und Totalrenovation Hotel Stoller.

Als Frutiger Generalunternehmung mit selbständigen Niederlassungen in Thun, Bern und Zürich sowie Zweigniederlassungen in Luzern und St. Gallen gehören wir zur alteingesessenen, organisch gewachsenen Frutiger Unternehmens-

gruppe mit Hauptsitz in Thun. Unser Know-how und die jahrelange Erfahrung im gesamten Bau- und Immobilienbereich kann auch für Sie die ideale Lösung sein. Statt unzählige Verträge auszuhandeln, gehen Sie mit uns eine einzige

Partnerschaft ein, die auf Vertrauen, Flexibilität und Auftrags-treue beruht. Unser umfassendes Leistungsangebot, das Qualität, Termine und Kosten garantiert, führt zu optimalen Anlagen von bleibendem Wert. Auch für Sie!



Frutiger Generalunternehmung AG

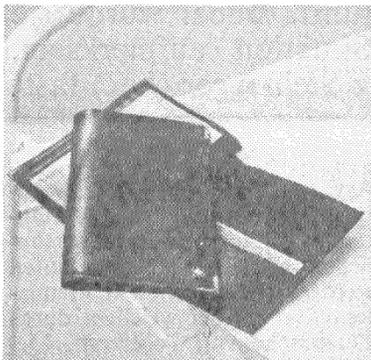
Heinrichstrasse 216
8005 Zürich
Telefon 01 272 30 36

Seefeldstrasse 8
3602 Thun
Telefon 033 21 44 44

Effingerstrasse 13
3011 Bern
Telefon 031 26 11 06

Gerliswilstrasse 44
6020 Emmenbrücke
Telefon 041 55 76 76

Obere Büschenstrasse 4
9000 St. Gallen
Telefon 071 23 33 90



Mit Agenda 1990

Kennen Sie das FDP-Portefeuille? Es ist aus bestem Anilinder (bordeauxfarbig) und mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. versehen; und dazu noch der FDP-Agenda für das kommende Jahr.

Ich bestelle... Ex. FDP-Portefeuille (inkl. Jahresagenda 1990) à Fr. 44.-, plus Verpackungs- und Versandkosten.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Unterschrift

Datum

Bitte in Blockschrift ausfüllen und senden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

Privatdetektei W & K
seit 1968

Scheidungen
Bew. Objekt- und
Begleitschutz
Auskünfte
Wirtschaftsdelikte

Zürich Natel
461 12 71 077/61 37 06

WALDE & PARTNER
Forchstrasse 70, 8008 Zürich, Tel. 01 55 02 44

**Damit der Verkauf Ihrer
Liegenenschaft nicht zum
Alptraum wird**

Drogenpolitik in der Sackgasse – eine Entgegnung

Kampf der Drogenmafia

Auf die pointierten Ansichten in der Drogenfrage, die FDP-Nationalrat Dr. Peter Spälti (ZH) in der Juni-Nummer des «Freisinns» geäußert hat, haben viele FDP-Mitglieder, sei es im «Freisinn» (siehe August-Nummer), sei es in persönlichen Briefen an Nationalrat Spälti, reagiert. Im folgenden Artikel befasst sich Nationalrat Spälti mit diesen Reaktionen.

Mit grossem Interesse stelle ich fest, dass sich in der FDP die Diskussion um die Drogenpolitik intensiviert. Wenn Herr Wernle in seinem Leserbrief (siehe August-Nummer des «Freisinns») mit militärischen Begriffen operiert, so komme ich ihm insofern entgegen, als ich seit Jahren eine überzeugende «Kriegserklärung» des Bundes gegen die internationalen verbrecherischen Kreise forderte – wie dies übrigens auch Präsident Bush tut, der kürzlich einen «Feldzug» in der Drogenbekämpfung begann.

Zu den Überlegungen verschiedener Briefeschreiber in bezug auf Tabak und Alkohol als Volksdroge verweise ich auf die Ausführungen von Sue Rusche, Mitarbeiterin an der «White House Conference for a drugfree America».

Zum Vergleich mit Alkohol und Tabak

Es ist nicht angebracht, Rauschgift mit Tabak und Alkohol zu vergleichen, obwohl wir uns absolut bewusst sind, dass die negativen volkswirtschaftlichen Folgen von Tabak und Alkohol enorm sind. Bei diesem Vergleich wird jedoch völlig ausser acht gelassen, dass Drogen **zwangsläufig** in zerstörerische Abhängigkeiten



führen. Alkohol und Tabak in der Regel nicht, weil doch in unserem Kulturkreis der grösste Teil der Bevölkerung gelernt hat, damit umzugehen.

Gerade die Gruppen von gelegentlichen Drogenkonsumenten sind wesentlich mitverantwortlich für die Popularisierung und damit die Marktausweitung. Zudem ist von weltweit anerkannten US-Experten glaubwürdig bewiesen worden, dass der Konsum

von «weichen Drogen» zumeist der Einstieg in die «harten Drogen» bedeutet.

Folgen einer Legalisierung

Wenn man den Gegner wirklich kennt, der weltweit einen Jahresumsatz im Drogengeschäft von 700 Milliarden Franken macht, was zwei Drittel der Drittweltländerverschuldung ausmacht, dann ist es naiv zu glauben, dass sich diese verbrecherischen Organisationen durch Legalisierung beeindrucken liessen. Wer glaubt, dass eine Legalisierung das kriminelle Umfeld, Beschaffung, Prostitution, Aids-Folgen, körperlichen und sozialen Zerfall einschränken würde, berücksichtigt nicht, dass sich dieser Gegner, die internationale Drogenmafia, durch eine Liberalisierung nicht «aus dem Markt werfen» lässt.

Gefährlichere, billigere Produkte als die staatlich freigegebenen werden die Antwort sein. Bequem, gesetzlich, sauber und ordentlich beim Staat – ungesetzlich, unordentlich, noch schädlicher und billiger bei der Konkurrenz, das wären die Folgen einer Legalisierung.

Perversität des Staates

Der Gegenbeweis ist noch nicht angetreten worden, dass die Sanktionen unserer repressiven Politik immerhin noch eine Abhaltewirkung zeigen. Wie gross der Markt ohne diese Massnahmen wäre, ist nicht abzusehen. Die moralische Grundlage einer liberalen Politik sträubt sich dagegen, ein Verbrechensmonopol abzusegnen. Es würde eine Perversität des Staates offenlegen, wenn er Rauschgift freigäbe. Ein souveräner Staat darf sich eine solche Bedrohung nicht gefallen lassen.

Als Politiker muss ich die Lagebeurteilung unter Berücksichtigung aller gesundheits-, sozial-

Standpunkte**Arbeitsgruppe Drogenpolitik**

Unter dem Präsidium des bekannten Präventivmediziners Professor Dr. Felix Gutzwiller, Zürich, hat die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) eine Arbeitsgruppe zur Drogenpolitik gebildet. Ihre erste Aufgabe wird es sein, eine Vernehmlassung zum Bericht der Subkommission «Drogenfragen» der Eidgenössischen Betäubungsmittelkommission zu erarbeiten, der im Juni dieses Jahres unter dem Titel «Aspekte der Drogensituation und Drogenpolitik in der Schweiz» erschienen ist. Die Vernehmlassung soll Ende Oktober 1989 vom Delegiertenrat und von der Geschäftsleitung behandelt und verabschiedet werden. Das Sekretariat der Arbeitsgruppe wird vor. lic. iur. Marie-Louise Baumann und lic. oec. Didier Burkhalter, secrétaire romand, Generalsekretariat FDP, Postfach 6136, 3001 Bern, betreut.

sicherheits- und wirtschaftspolitischen Dimensionen vornehmen und langfristige Positionen vertreten. Es geht nämlich um nicht mehr als um unsere leistungsfähige, gesunde und zukunftsorientierte Jugend.

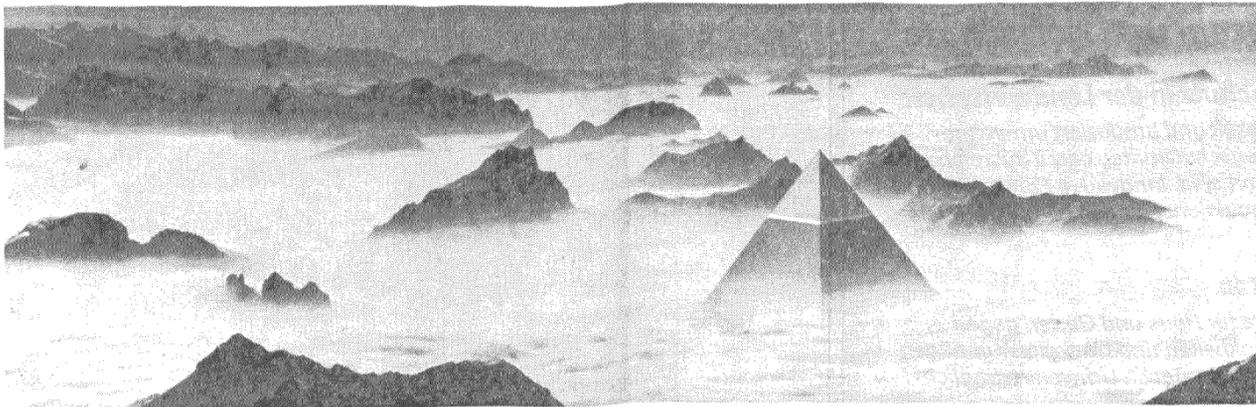
Die FDP hat allen Grund, sich nicht zum Vorreiter der weltweit

erkennbaren Liberalisierung zu machen. Internationale Experten sehen diese Entwicklung mit Besorgnis. Zudem lässt es aufhorchen, dass in Zürich die bekannten Links- und Extremlinkskreise an vorderster Front für diese Postulate eintreten.

Fragwürdige Optionen

Solange die bundesrätlichen Optionen zur Erreichung der Ziele in der Luftreinhaltung nicht konkretisiert sind, muss die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) ein Fragezeichen hinter die vorgesehenen Massnahmen setzen. Die FDP erwartet, dass nach der detaillierten Ausgestaltung dieser Optionen ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt wird. Sie begrüsst schon jetzt den Beschluss, auf Kontingentierungsmassnahmen zu verzichten.

Prinzipiell ist die Partei der Meinung, dass bei neuen Massnahmen nach dem Verursacherprinzip auf die bisherige Emissionsreduktion Rücksicht zu nehmen ist. Die FDP fordert aber insbesondere, dass – bevor neue Massnahmen beschlossen werden – zuerst die bisherigen konsequent durchgesetzt werden. Sie ist der Ansicht, dass zusätzliche Anstrengungen im Vollzug dringend nötig sind. Wie der Bundesrat ist die FDP zudem der Meinung, dass die gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und vor allem auch integrationspolitischen Auswirkungen der in der Elektrowatt-Studie vorgeschlagenen Massnahmen genau zu prüfen sind. Die europapolitischen Auswirkungen gelten vor allem für den vorgesehenen emissionsabhängigen Zuschlag zur Schwerverkehrsabgabe.

SKA-Anlage-Service plus®**Überblick. Mit dem SKA-Anlage-Service plus.**

Als privater oder institutioneller Anleger können Sie vom «SKA-Anlage-Service plus» Mehrleistungen erwarten: mehr persönliche Beratung, mehr Engagement, mehr internationale Präsenz und MEHR ÜBERBLICK DANK BESSERER INFORMATION. Dieses Plus an Leistung zeichnen wir mit der Pyramide aus, dem Symbol für das Streben nach Höherem, für Stabilität, Sicherheit und Wissen.

Mehr Überblick verschaffen wir Ihnen z.B. dank unseren weltweiten direkten Verbindungen zu allen wichtigen Finanzplätzen – zu den Spezialisten an allen Börsen im In- und Ausland sowie zu den renommierten Gruppen und Partnergesellschaften der SKA.

Mehr Überblick verschafft Ihnen aber auch unser dynamisches Management, unsere aufs modernste ausgebaute elektronische

Infrastruktur, z.B. mit dem computergesteuerten Anlage-Informationssystem (AIS), und selbstverständlich auch Ihr persönlicher SKA-Anlage-Berater.

Sie treffen Ihre Entscheidung auf der Basis von fundierten und umfassenden Informationen. Damit Sie den Überblick behalten.



Leserbriefe

Einseitiger Gewässerschutz oder ganzheitliche Politik?

In der vergangenen Sommersession hat der Nationalrat die Revision des Gewässerschutzgesetzes beraten und eine Fassung verabschiedet, die von freisinnigen Parlamentariern wesentlich mitgestaltet worden ist. Diese Fassung – sie kommt demnächst vor den Ständerat – ist aber nicht unumstritten: Problematisch sind vor allem die umfassenden Schutzbestimmungen, die Restwassermenge und der sogenannte Landschaftsrapport.

Die Bestimmungen für einen umfassenden Schutz der natürlichen und teilweise sogar naturnahen Gewässer wurden fast tel quel aus der hängigen Volksinitiative «zur Rettung unserer Gewässer» übernommen; sie würden einen angemessenen Ausbau der Wasserkraftnutzung stark behindern, wenn nicht sogar verunmöglichen.

Bei den Restwassermengen entschied sich der Nationalrat für eine starre Formel, bei der Energieeinsparungen im Umfang der jährlichen Stromproduktion der Kern-

kraftwerke Beznau I und II zu erwarten sind.

Die dritte und wohl umstrittenste Neuerung ist der sogenannte Landschaftsrapport: Mit einer Abgabe von maximal 0,2 Rp./kWh auf Strom aus Wasserkraft sollen Berggemeinden entschädigt werden, wenn sie auf Wasserkraftwerke (und die damit verbundenen Einnahmen!) verzichten. Die Verankerung des «Landschaftsrapports» im revidierten Gewässerschutzgesetz wäre staatspolitisch bedenklich; er widerspricht nämlich:

- der Bundesverfassung (weil eine Steuer zwingend eine Verfassungsänderung braucht);
- dem Verursacherprinzip (weil gewöhnlich der Verursacher für den Schaden bezahlt und nicht noch belohnt wird);
- der Rechtsgleichheit (Gemeinden ohne Wasserkraftprojekte würden leer ausgehen);
- dem gesunden Menschenverstand: Seit wann wird man dafür bezahlt, dass man nichts tut?

Das revidierte Gewässerschutzgesetz kommt nun vor den Ständerat; die «chambre de réflexion» wird sich dabei Rechenschaft geben müssen über die enorme Bedeutung der Wasserkraft für die Schweiz: 61 Prozent unseres Stromverbrauchs decken wir heute mit Wasserkraft, und zwar zuverlässig, preiswert, umweltfreundlich und «Swiss made». Gerade die Eigenschaften «umweltfreundlich» und «emissionsfrei» sind es, welche die Nutzung einheimischer Wasserkraft zu einem Gebot des Umweltschutzes machen. Am Ständerat liegt es deshalb, die

nationalrätliche Fassung im Sinne einer ganzheitlichen Politik zu überdenken.

Andreas Bohrer, Widen
Präsident der
Jungfreisinnigen Limmattal

«S isch öppis im Tue!»

Wer hat nicht schon von Behörden oder Amtsstellen obige Antwort erhalten, wenn er sich über die vorgesehene Lösung eines akuten Problems in unserem Staate erkundigte! Auf die Gefahr hin, dass meine nachstehende Kritik Wasser auf die Mühlen der Armeegegner leitet, meine ich, dass in diesen zwei Punkten dringende Abhilfe nötig ist. Es zeigt sich dabei deutlich, wie träge unser Staatswesen reagiert, wenn «alte Zöpfe» der heutigen Zeit angepasst werden müssen.

Nun kurz zu den Problemen: Mein Sohn schloss die Lehre im Frühjahr 1987 ab. Im Herbst 1987 war er 20jährig, konnte aber im Sommer 1987 nach Lehrabschluss die RS gar nicht leisten, weil die Armee für seine Truppengattung im Sommer keine RS anbietet. Daher: Drei Monate nach dem 20. rückte er in die Frühjahrs-RS 1988 ein. Im Frühjahr 1989 geht's weiter mit UOS und Abverdienen. Und dann als Krone aufs Ganze erhält er kurz nach Entlassung aus der zweiten RS als Korporal eine Rechnung für Militärflichtersatz 1988! Wen wundert's, wenn ein junger Wehrmann beim Erhalt dieser Rechnung rot-grün-blaue Gesichtsfarbe erhält?

Erkundigungen bei der entsprechenden Amtsstelle ergeben, dass dies alles Gesetz, Verordnungen und Tarifen entspricht, also nicht etwa ein Missverständnis vorliegt! Auch erfahre ich, dass auf Grund der heutigen Ausbildungswege 50 Prozent der jungen Wehrmänner (also die Hälfte!) mit solchen Rechnungen verärgert werden! Dann aber auch das Eingeständnis, dass dieser Umstand unbefriedigend sei, «man» das in Bern wisse, und «es seig öppis im Tue»!

Das zweite Problem: Dienstverweigerer! Seit Jahren beraten Kommissionen und Parteien über eine anständige Lösung zu diesem Problem. Ich will keinesfalls eine Lanze brechen für die dienstverweigernden Drückeberger oder Polit-Agitatoren. Aber die «echten, glaubhaften Verweigerer» liegen mir am Herzen. Die Trennung dieser beiden Kategorien sollte mit den heutigen wissenschaftlichen Un-

tersuchungsmethoden doch wohl möglich sein. Also könnte man nun wirklich für die «Echten» endlich einen entsprechenden Ersatzdienst auf die Beine stellen, der verhindert, dass auch diese Verweigerer wie Kriminelle ins Gefängnis müssen.

Der Nationalrat hatte die Behandlung dieses Problems auf die Traktandenliste der vergangenen Sommersession gesetzt. Aber was geschah? Dieses Traktandum wurde wieder gestrichen, dafür wurde stundenlang über den 6-Millionen-Kredit für die Mobilisations-Gedenktage palavert und die wertvolle Parlamentarier-Zeit mit «Lismen» vergeudet! Aber: «Es isch öppis im Tue»!

Obiges gibt sicher keine stichhaltigen Argumente gegen unsere Armee, aber persönlich davon Betroffene und Kreise um sie herum werden kaum armee- und staatsfreundlicher gestimmt. Ich kann nur Richtung Bern rufen: «Tut doch endlich etwas!»

Jürg Dübendorfer,
Präsident FDP Kanton Zug

Lese-Tips

32 Bundesräte

Der Chefredaktor der «Zürichsee-Zeitung», Ulrich E. Gut, der als Verleger und Chefredaktor die dritte Generation im Familienunternehmen vertritt, hat dem langjährigen Bundesstadtdirektor des Blattes, Arnold Fisch, bei dessen Rücktritt die Anregung mit auf den Weg in den tätigen Ruhestand gegeben, die Bundesräte, die er zufolge seiner Tätigkeit «erfahren» konnte, in Erinnerung zu rufen. Arnold Fisch hat dies in einem ebenso sachkundigen wie reizvollen 200seitigen, reich illustrierten Buch getan, das im Verlag Zürichsee-Zeitung erschienen ist. Er hat den etwas kecken Titel «Meine Bundesräte» gewählt, wenn er auch weiss, dass

sie nicht ihm allein gehören. Aber er hat sie eben nicht nur von der Presstribüne aus beobachtet und ihnen zugehört, er konnte auch Gespräche führen und ihnen ausserhalb der beruflichen Routine näher kommen.

Die ersten Eindrücke empfing Fisch zu Beginn der fünfziger Jahre, die letzten in der jüngsten Gegenwart. Seinen trefflichen Kurzporträts hat der Verfasser eine Charakterisierung der Institution, ihrer Konstanz, wenn auch «die Bundesräte kommen und gehen» – übrigens schneller in der neuesten Zeit –, beigefügt.

Dem oberflächlichen Frage-und-Antwort-Spiel der Interviewer im Fernsehzeitalter steht der Journalist mit vierzig Jahren Berufserfahrung kritisch gegenüber. Und er betrachtet es nicht als seine Aufgabe, Noten zu erteilen und zwischen guten und glücklosen Bundesräten zu unterscheiden. Diese «überaus lesbare, zugleich warmherzige Darstellung» der Porträtierten, wie alt Bundesrat Leon Schumpf im Vorwort feststellt, verweigert bei der Würdigung der Leistungen der einzelnen Magistraten keineswegs, dass es auch Enttäuschungen bei hochgespannten Erwartungen gab und es gelegentlich ein politisch oder gesundheitlich bedingtes Ende der Karriere gab, das die Jahre bemerkenswerter Leistungen überschattete.

Arnold Fisch kennt keine parteipolitischen Grenzen, und er sieht die Bundesräte als Kollegium, das die loyale Zusammenarbeit zum Wohle des Ganzen festgehalten werden, dass der Freisinn in den vergangenen Jahrzehnten mit einigen Persönlichkeiten vertreten war, deren Verdienste von keiner Seite bestritten sind: Max Petitpierre, «der mit einer Entschlossenheit, die keine Fragen offenliess, die schweizerische Aussenpolitik der Nachkriegsjahre geprägt hat», Walter Stampfli, «der aus der Industrie kommende und anfänglich als ausgesprochener Vertreter der Privatwirtschaft geltende» Magistrat, der sich aus dem ursprünglichen Wirtschaftsvertreter zu einem über den Interessen stehenden, wahrhaft dem Gesamtwohl verpflichteten Regierungsmann entwickelt hat, der «souveräne Insider Hans Schaffner» oder Ernst Brugger, der – im Parlament anfänglich ein wenig bekannter Homo novus – bald einmal zur «Vaterfigur» wurde.

Interessante Berufslehren

Warum eine textile Ausbildung wählen?

- Berufsleute mit einer textilen Ausbildung sind gefragt.
- Die Einsatzgebiete sind interessant.
- An höheren Fachschulen bestehen verschiedene Weiterbildungsmöglichkeiten.



Die Firma Habis Textil AG, eine Buntweberei mit Bleicherei, Färberei, Druckerei und Hochveredlung, bietet folgende Ausbildungsmöglichkeiten:

Kaufleute
Textilrentwerfer(in)
Textilassistent(in)

Textilmechaniker
Textilveredler
Elektromonteur

Es besteht die Möglichkeit einer Schnupperlehre. Die Personalabteilung gibt interessierten Jugendlichen gerne Auskunft.

Habis Textil AG, 9230 Flawil, Telefon (071) 83 10 11.

Maag

Führend im Pflanzen- und Holzschutz

Pflanzenschutz in der Landwirtschaft

Maag entwickelt und produziert umweltgerechte Pflanzenschutzmittel, damit ausreichende Ernten gesichert sind. Innovative Forschung und modernste Produktionsanlagen bilden die Basis dafür.

Haus und Garten

Die Maag-Produkte für Haus und Garten gegen Schädlinge, Pilzkrankheiten und Ungeziefer genügen höchsten Ansprüchen bezüglich Umweltverträglichkeit und Sicherheit des Anwenders.

Holzschutz

Holz ist Natur und Holz lebt. Daher benötigt es Pflege und Schutz – wie der Wald, aus dem es stammt. Maag wählen, heisst ein umweltfreundliches Konzept für den Holzschutz wählen.

Dr. R. Maag AG 8157 Dielsdorf Telefon 01/855 11 11

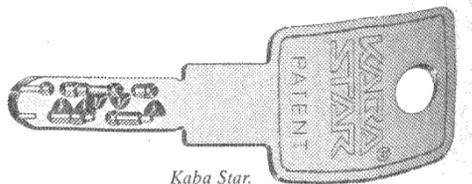
FEDERN

in jeder Grösse
für jede Verwendung

BAUMANN

BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik
CH-8630 Rüti
Tel. 055/84 11 11

MIT BAUER KABA LASSEN SICH GESCHÄFTE ERFOLGREICH ABSCHLIESSEN.



Kaba Star.
Das universelle Schliesssystem.
Von Bauer Kaba.

Gedanken zu den «Diamant»-Anlässen

Erinnerung an Bedrohung und Bewährung

Die «Diamant»-Anlässe neigen sich ihrem Ende zu. Eindrücklich, ja überwältigend war der Aufmarsch der Veteranen. Der Sinn dieser Veranstaltungen war nicht, wie die Kritiker erklärten, den Kriegsausbruch zu feiern und den Aktivdienst zu glorifizieren, sondern die Bedrohung und Bewährung beim Ausbruch und während des Zweiten Weltkrieges in Erinnerung zu rufen, meint FDP-Ständerat Dr. Bruno Hunziker (AG).



Zweiten Weltkrieg eröffnete. Bereits am folgenden Tag ordnete der Bundesrat die Generalmobilmachung an, nachdem bereits am 28. August 1939 die Deckungstruppen aufgebunden worden waren, zu denen auch die Grenztruppen in unserem Kanton gehörten.

Militärische und staatspolitische Mobilmachung

Die Generalmobilmachung war in zweifacher Hinsicht notwendig und bedeutungsvoll: Es ging darum, rasch die Kriegsbereitschaft zu erstellen und nach aussen entschlossen zu demonstrieren, dass unser Land vom festen Willen besetzt war, seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu behaupten.

Besonders eindrücklich war die Einmütigkeit im Parlament. Die Erklärungen der Fraktionen und der Bundesversammlung zeigten, dass eine völlige Übereinstimmung zwischen Regierung und Volksvertretung vorhanden war. Auch das Volk erwies sich in der

Blenden wir kurz in die Zeit vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zurück. Im Frühjahr 1938 erfolgte der deutsche Einmarsch in Österreich und kurz darauf die Tschechen-Krise. Die internationalen Spannungen nahmen zu, und man sprach offen vom Ausbruch eines Weltkrieges. In richtiger Beurteilung der Sachlage verzichtete zu jenem Zeitpunkt der Bundesrat auf eine Mobilmachung der Truppen.

Anders war die Situation dann, als Hitler am 1. September 1939 Polen überfiel und damit den



Professor Edgar Bonjour, Professorin Jeanne Hersch, Bundesrat Kaspar Villiger und Korpskommandant Rolf Binder (von links) bei der Eröffnung der «Diamant»-Wanderausstellung «Schweiz 1939-1945» in Spiez. In der zweiten Reihe links ist auch FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny auszumachen.



Auftakt des Abstimmungskampfes

Zu einer kontradiktorischen Diskussion über die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» hatte der FDP-Pressverband am 31. August in Bern eingeladen und damit traditionellerweise den Wahlkampf für die Abstimmung vom 26. November eröffnet. An der Veranstaltung nahmen teil: die Nationalräte Loretan (FDP/AG), Etique (FDP/JU) und Blocher (SVP/ZH), Bundesrat Kaspar Villiger, Verbandspräsident Höpli, Markus Rohr (Diskussionsleiter), Divisionär Däniker, CVP-Parteipräsidentin Eva Segmüller (SG), SP-Grossrat Vollmer (BE) und zwei Vertreter der GSoA, Adrian Schmid (LU) und Andreas Gross (ZH) (von rechts nach links). Obwohl die Interessenvertreter ihre Überzeugungen mit aller nur wünschbaren Deutlichkeit kundtaten, zeigt doch die Möglichkeit der Auseinandersetzung an einem Tisch, dass auch in dieser grundlegenden Abstimmungsfrage eine Diskussion möglich ist. Zur Entspannung der Situation hat schon Monate zuvor der neue EMD-Chef Villiger wesentlich beigetragen.

Stunde der Wahrheit entschlossen und fähig, sich um die Fahne mit dem weissen Kreuz im roten Feld zu sammeln. Die manifestierte nationale Einigkeit war unabdingbare Voraussetzung für die unabsehbaren Prüfungen der Zukunft.

Neben der militärischen ist auch die staatspolitische Mobilmachung Wirklichkeit geworden. Die Bundesversammlung gab der Landesregierung die nötigen Vollmachten zur Bewältigung der unsicheren und aussergewöhnlichen Situation und bestellte den General an der Spitze der Armee als verantwortlichen Führer.

Symbolcharakter

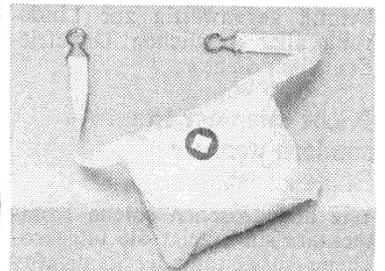
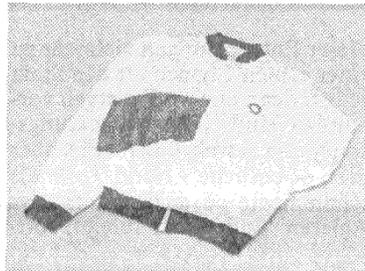
Erst wenn man das nachvollzieht oder selber miterlebt hat, begreift man den Sinn und die tiefe Berechtigung der «Diamant»-Anlässe. Nicht der Kriegsausbruch soll gefeiert werden, und es geht auch nicht darum, im Vorfeld der Volksabstimmung über die Abschaffung unserer Armee Stimmung zu machen. Wir wollen ganz einfach der Aktivdienst-Generation für ihre damalige Entschlossenheit und für ihre Leistungen danken. Mobilmachung und Weltkrieg haben sie geprägt. Für alle die, die jene Epoche aktiv oder als Betroffene miterlebt haben, hat sie Symbolcharakter.

Der grosse Teil unseres Schweizervolkes, davon bin ich zutiefst überzeugt, wird auch in Zukunft die Entschlossenheit und die Geschlossenheit aufbringen, die nötig sind, um ernsthafte Bedrohungen gegenüber einem Weiterexistieren in Freiheit und Menschenwürde mit allen Mitteln abzuwehren.

Ideal zu jeder Jahreszeit

Praktisch und bequem . . .

ist die FDP-Regenjacke. Und darüber hinaus jeder Jahreszeit angepasst. Denn sie eignet sich für Wanderungen immer, wenn das Wetter nicht ganz sicher ist. Der Windblouson ist aus Nylon mit Strickborten. Er kann – wie das Bild zeigt – klein zusammengerollt und in der eigenen Jackentasche um die Taille getragen werden. Er ist in verschiedenen Grössen erhältlich.



Bitte senden Sie mir Windblouson

... Grösse S

... Grösse M

... Grösse L

... Grösse XL

zum Preis von je Fr. 30.- (plus Verpackungs- und Versandkosten).

Vorname/Name

Strasse

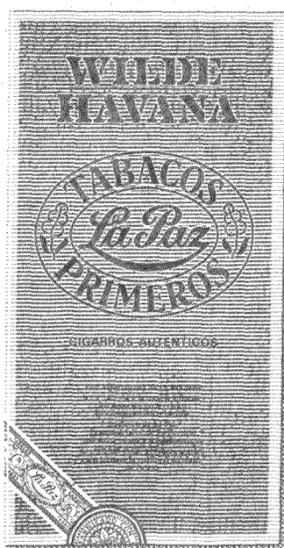
PLZ/Ort

Datum

Unterschrift

Talon einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

Dauerbrenner von La Paz.



Die Cigarre, die schon beim Anzünden ihr volles Aroma entfaltet. Das ist die authentische Wilde Havana von La Paz. Ständig kopiert, doch nie erreicht.

Das Büschel am Brandende, das ehrlich sein Inneres nach aussen kehrt, zeigt die wilde Kraft der ausbalancierten Mélanges aus mehr als 20 Tabaksorten der berühmtesten Provenienzen der Welt. Umwickelt mit einem Umblatt, das eine gleichmässige Aromaabgabe garantiert. Und einem Deckblatt von unverfälschter Natürlichkeit.

Wilde Havana von La Paz. Aus Tabak. Mehr nicht.



Cigarros Autenticos.

Privatisierung öffentlicher Leistungen – Chance und Auftrag zugleich

Weniger Staatsexpansion

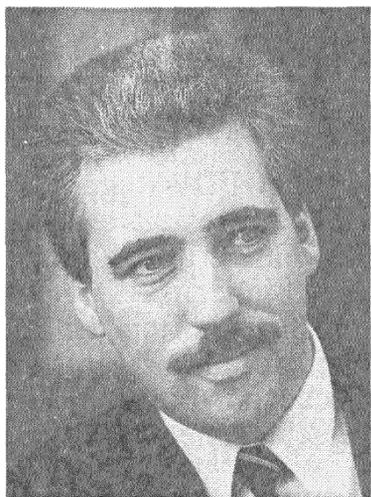
Die Ausdehnung der Staatstätigkeit hält seit Jahrzehnten unvermindert an. Angesichts der künftigen Vollzugsaufgaben im Umweltschutz sowie steigender Ansprüche im sozial- und gesundheitspolitischen Bereich dürfte der Trend zu «mehr Staat» auch in den nächsten Jahren nicht gebrochen werden. Um die Staatstätigkeit jedoch nicht ins Uferlose wachsen zu lassen, dies die Ansicht von FDP-Kantonsrat Peter Weiget, St. Gallen, sind durch gezielte Reprivatisierungen der öffentlichen Hand Freiräume zu schaffen, welche neu für dringende Aufgaben zur Verfügung stehen. Privatisierung soll also nicht primär «weniger Staat» bringen, sondern vielmehr einer weiteren, ungebremsten Staatsexpansion entgegenzutreten.

«Privatisierung öffentlicher Leistungen» ist seit Jahrzehnten eine Forderung freisinniger Exponenten, welche immer wieder zu sehr starken Emotionen seitens der politischen Gegner führt. Vor allem von linker Seite wird «Privatisierung» konsequent mit «Aushöhlung des Staates» gleichgesetzt. So kommentierte die Ostschweizer «AZ», das Organ der SP des Kantons St. Gallen, beispielsweise einen «Privatisierungsvorstoss» im St. Galler Gemeinderat wie folgt: «Sie (die Freisinnigen) sind hier offensichtlich zum Götzendienst angetreten, um dem Götzen «Reprivatisierung» zu huldigen, dessen Anbetung gegenwärtig zur Linderung aller möglichen Unzufriedenheiten dient.»

Nicht «weniger Staat» – sondern weniger Staatsexpansion

Wie abgedroschen solche Kommentare sind, zeigt die ungebrochene Ausweitung der Staatstätigkeit. So produziert allein der Bund im Verlaufe eines Jahres über 2000 Seiten neue Gesetze und Verordnungen. Während beispielsweise die bereinigte Gesetzessammlung der Jahre 1848 bis 1948 für das Landesrecht rund 9000 Seiten umfasste, füllt die neue systematische Sammlung des Bundesrechts gegenwärtig über 20 000 Seiten. Dazu kommen die kantonalen Gesetze und Verordnungen, welche den Bund noch bei weitem übertreffen. Parallel zu dieser Entwicklung wächst auch der Personalbestand. Die Zahl der von der kantonalen Zentralverwaltung in der Stadt St. Gallen Beschäftigten stieg von ungefähr 700 im Jahr 1971 auf etwa 1050 im Jahre 1988, also um 50 Prozent.

Privatisierung als Gefahr, als Aushöhlung des Staates zu postulieren erscheint angesichts der enormen Gesetzesproduktion unserer Parlamente, angesichts des immer schneller wachsenden Staatsapparates und angesichts des bereits heute erkennbaren Vollzugsnotstandes als kraftlose politische Seifenblase. Privatisierung wird vor dem Hintergrund



dieser Entwicklungen vielmehr zu einer echten Chance für den Staat selbst, denn nur wo Reserven vorhanden sind, bleibt Handlungsspielraum gewahrt. Leider ist aber die öffentliche Hand oftmals schon heute so ausgelastet, dass Agieren undenkbar bleibt, oftmals

Massnahmenplan Lufthygiene

Nein zum «Niedriggeschwindigkeitsszenario»

Die FDP des Kantons Zürich begrüsst den Massnahmenplan Lufthygiene des Regierungsrates als fundierte Diskussionsgrundlage, bedauert aber die fehlende politische Schwerpunktbildung und meldet Vorbehalte gegenüber einzelnen Vorschlägen – insbesondere der generellen Geschwindigkeitsreduktion – an. Nach den ersten Studien des vorliegenden Berichts umreisst Parteisekretär Christian Bretscher im folgenden die Haltung der Kantonalpartei:

Wertvoll an dem von der kantonalen Baudirektion zur Vernehmlassung vorgelegten «Massnahmenplan Lufthygiene» ist nach Ansicht der Freisinnig-Demokratischen Partei des Kantons Zürich insbesondere die erstmals in solcher Breite geleistete Erarbeitung von Rahmeninformationen und

mals bereits Reaktionen ausbleiben.

Auftrag an freisinnige Politiker

Für freisinnige Politiker wird daher die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Fragestellung «Privatisierung öffentlicher Leistungen?» zu einem eigentlichen Auftrag. Dabei darf jedoch nicht einfach ein «hohes Lied» auf die Privatwirtschaft und ein Klage lied über die Verwaltung angestimmt werden. Vielmehr ist durch eine ganzheitliche Betrachtungsweise, welche wirtschaftliche, technische wie politische Aspekte einschliesst, eine am Optimierungspotential orientierte Entscheidungsfindung zu ermöglichen.

Dass solche Entscheidungsfindungen, oftmals erst nach harten politischen Diskussionen, überhaupt wieder ermöglicht werden, ist eine zentrale Aufgabe der freisinnigen Politik der Zukunft. Unsere Partei hat unsern Staat entscheidend mitgestaltet und trägt auch heute noch eine bedeutende Mitverantwortung. Trotzdem darf unsere politische Haltung nicht auf blosser Wahrung von Bestehendem ausgerichtet sein. Die FDP und damit unsere Exponenten in Bund, Kanton und Gemeinden haben unsern Staat vielmehr wieder kritisch zu hinterfragen und aus liberaler Sicht auszu-leuchten.

Eine offene, ganzheitlich geführte Privatisierungsdiskussion bietet dazu echte Möglichkeiten. Nicht die «Aushöhlung des Staates» ist dabei unser Ziel, sondern vielmehr das Bestreben, die vorhandenen staatlichen Ressourcen möglichst wirkungsvoll in einem sich wandelnden Umfeld zuzusetzen.

Literaturhinweis für interessierte Gemeindepolitiker: Schriftenreihe Finanzwirtschaft und Finanzrecht Nr. 42, Alfred Meier «Privatisierung von Gemeindeaufgaben», Haupt-Verlag, Bern.

Entscheidungsgrundlagen, die es ermöglichen, Aufwand und Nutzen der verschiedenen denkbaren Massnahmen zur Verbesserung der Luftqualität objektiv zu vergleichen und so deren Wünschbarkeit zu beurteilen. Diese gesamtheitliche Betrachtungsweise macht eine Abkehr von der Politik der isolierten Einzelmassnahmen möglich. Statt einer blossen Schwellen- und Riegelpolitik mit ihren wirtschafts- und gewerbe feindlichen Zügen schickte die Kantonsregierung denn auch eine breite Palette zeitlich koordinierter und sachlich ineinandergreifender Massnahmen in die Vernehmlassung.

Zu Recht wurde dabei auf eine Auflistung utopischer Vorschläge verzichtet und mit aller Offenheit dargelegt, dass es für den Kanton Zürich ausgeschlossen ist, die vom Bund aufgestellten Grenzwerte bis 1994 zu erreichen. Indessen wird es wohl an den bürgerlichen Parteien liegen müssen, die Einsicht auch ins Bundeshaus zu tragen, dass bei der Festsetzung der Luftreinhalteverordnung der Sinn für das Realisier-

Aus den Kantonen

bare offenbar verlorengegangen ist.

Eine Einschränkung des Motorfahrzeugverkehrs wird vom Regierungsrat ausschliesslich dort und nur in dem Umfang vorgeschlagen, in dem das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln verbessert werden kann (sogenannte Kapazitätsfolgenanpassungen). Abstriche an der Gesamtkapazität des Verkehrsnetzes werden richtigerweise überhaupt abgelehnt. Dagegen zeigt der Bericht deutlich, dass weitere technische und fiskalische Massnahmen, insbesondere auch beim Schwerverkehr und bei den bis heute nicht erfassten Bau- und Landwirtschaftsmaschinen, ein Erreichen der Schadstoffgrenzwerte des Bundes ermöglichen – wenn auch erst einiges nach 1994.

Fehlende Schwerpunktsetzung

Die FDP des Kantons Zürich bedauert dagegen, dass der Regierungsrat es versäumt hat, frühzeitig Schwerpunkte zu setzen und nicht realisierbare Massnahmen aus dem stark technokratisch geprägten Bericht zu streichen. Diese unpopuläre Aufgabe im Rahmen der Vernehmlassung den politischen Parteien und Organisationen zu überlassen, hält die FDP für allzu bequem. Überdies dürften die zu erwartenden gegensätzlichen Stellungnahmen aus den verschiedenen politischen Lagern eine Entscheidung im Herbst nicht einfacher machen. Erfreulich ist umgekehrt, dass Baudirektor Eric Honegger sich nicht scheute, persönlich Gewichtungen vorzunehmen und diese in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Mindestens ebenso bedauerlich sind aber die grösstenteils undifferenzierten Schnellschüsse, die nicht nur von offiziellen Interessenvertretern, sondern vor allem auch von vielen Journalisten in der Tagespresse als «erste Stellungnahmen» abgefeuert wurden. Diese Pauschalurteile wurden einerseits den eingehenden Untersuchungen des Berichts in keiner Weise gerecht, andererseits erweckten sie den falschen Eindruck, die von der Regierung in die Vernehmlassung geschickten Vorschläge seien heute schon beschlossene Sache.

Ablehnung des Niedriggeschwindigkeitsszenarios

Vorweg den Totalverzicht auf einen Teilplan hält die FDP beim sogenannten Niedriggeschwindigkeitsszenario für richtig und notwendig, da dieses zwar kurzfristig eine Verbesserung der Luftqualität verspricht, auf längere Sicht aber mit dem Greifen neuer technischer Vorschriften seine Bedeutung verliert. Gleich-

zeitig stünde eine weitere Reduktion der erlaubten Höchstgeschwindigkeiten in krassm Widerspruch zum gesetzlichen Grundsatz, wonach die Geschwindigkeit den Strassenverhältnissen anzupassen ist; bewegen sich doch die Tempolimits zum Teil schon heute – gemessen an der Qualität der bestehenden Strassen – an der unteren Grenze. Darüber hinaus drängen sich Streichungen dort auf, wo eine Massnahme bei übertriebenem Aufwand oder unverhältnismässigen Einschränkungen einen nur beschränkten Nutzen erbringt. Dies trifft etwa zu für den Abbau von Parkraum, wo er heute schon knapp ist, oder den Einbau von Geschwindigkeitskontrollgeräten in Motorfahrzeugen.

Mitgliederzuwachs beim LFSA

In seinem Jahresbericht für die Zeitperiode 1987/1988 stellt der Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA), der drittgrösste schweizerische Dachverband in unserem Gewerkschaftspiralismus, einen seit 1983 andauernden Konjunkturaufschwung fest. Warum immer mehr ältere Arbeitnehmer Mühe bekommen, eine neue Stelle zu finden, wird damit begründet, dass die Zahl der Beschäftigten in der Industrie und im Bausektor nur geringfügig anstieg, wogegen im tertiären Sektor Zuwachsraten von bis zu fünf Prozent (EDV, Versicherungen) zu verzeichnen waren.

Im arbeitsrechtlichen Bereich unterstreicht der Bericht die Verwirklichung eines besseren Kündigungsschutzes auf Gesetzesstufe, ein Postulat, das der LFSA schon anlässlich seiner Delegiertenversammlung im Jahre 1976 gefordert habe. Wie schon in ihrem Sozialprogramm verankert, misst die Gewerkschaft der praktischen Gesamtarbeitsvertragspolitik grosse Bedeutung zu. Nach wie vor wird grundsätzlich der sozialpartnerschaftlichen Regelung gegenüber der gesetzlichen Lösung der Vorzug gegeben.

Bei der Interessenwahrung der Mitglieder misst der LFSA den beruflichen Belangen der Frauen und ihrer Weiterbildung eine grosse Bedeutung zu. In seinen Frauenkonferenzen behandelte die Gewerkschaft «Probleme und Perspektiven der Frauenarbeit». Ein weiteres Konferenzthema hiess: «Die Computer Zukunft als Chance der Frau».

In Zusammenkünften der jugendlichen Mitglieder wurden Themen angegangen wie «Zukunftsorientierte berufliche Weiterbildung» und «Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters?».

Wie im Bericht nachgewiesen wird, erfreuen sich die Mitglieder des LFSA einer umfassenden Betreuung, so insbesondere auch, was die Gewährung des Rechtsschutzes betrifft, der über arbeitsrechtliche Belange hinausgeht. Dem LFSA gehören folgende selbständige Berufsverbände an: der Forstpersonal-Verband der Schweiz (FPV), der Berufsverband der Floristen (BFF) sowie der schweizerischen Forstpersonalverband der schweizerischen Forstbranche (PSF). Die politisch und konfessionell unabhängige, aber der liberalen Idee verpflichtete Gewerkschaft hat ihren Mitgliederbestand in der Berichtsperiode um 138 Mitglieder auf einen Bestand von 22 127 erhöhen können.

M. A. / LFSA

Spaltenstein

IMMOBILIEN AG

Unsere Dienstleistungen:

- Liegenschaften-Verwaltung und Bewirtschaftung
- Vermietung und Verkauf von Liegenschaften
- casatip: Der Service für Liegenschaften-Käufer
- Bauherren-Treuhand, Projektentwicklung
- Marketing-Beratung

Immobilien-Projekte

- Nutzungskonzepte
- Städtebaulich integrierte Bauprojekte
- Reihenhäuser in Gruppen, Typ «Peikert Econom»
- Gesamtrenovierungen
- Stockwerkeigentum
- Vertragswesen

SPALTENSTEIN IMMOBILIEN AG, Siewerdstr. 8, 8050 Zürich, Tel. 01/316 13 00

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: ofa Zeitschriften, Sägereistr. 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich. Einzelnummer Fr. 2.–, Jahresabonnement Fr. 20.–.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich, Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62